

Zählergemeinschaftsvereinbarung

zwischen

Bündnis 90/Die Grünen

**Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf und
Fraktion in der BVV Charlottenburg Wilmersdorf**

und

**SPD Kreisverband Charlottenburg Wilmersdorf und
Fraktion in der BVV Charlottenburg Wilmersdorf**

Zur Wahl der Mitglieder des Bezirksamtes und zu kommunalpolitischen Schwerpunkten und Aufgaben für die Arbeit in der 6. Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf wird folgendes gemeinsam vereinbart:

Die Zählgemeinschaft aus Bündnis 90/Die Grünen und der SPD wird einen Politikstil pflegen, der auf Kooperation ausgelegt ist. Die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen in den nächsten 20 Jahren - z.B. Klimaneutralität und Nachhaltigkeitsziele, Wandel der Arbeitswelt, neue Mobilitätsformen, Digitalisierung - lassen sich nur gemeinsam und in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen und den Bürger*innen realisieren. Wichtig ist, dass die Verwaltung gestärkt und befähigt wird, diese Prozesse zu begleiten. Hierfür sind sowohl ausreichend Personal also auch eine gute Ausstattung der Verwaltung unabdingbar.

Die nachhaltige und sozial gerechte Umgestaltung unseres Bezirk stellt die Kernaufgabe kommunaler Politik der nächsten Jahrzehnte dar. Klimaneutralität (1,5-Grad-Ziel) steht dabei neben der Steigerung der Biodiversität und der Bekämpfung des Artensterbens im Vordergrund unserer Politik und muss als Mainstreaming in allen Politikfeldern der Bezirksverwaltung berücksichtigt werden. Die bezirkliche Politik und das bezirkliche Verwaltungshandeln müssen dazu beitragen, die notwendigen Veränderungsprozesse sozial gerecht zu unterstützen.

Uns ist es wichtig, dass alle Menschen im Bezirk teilhaben können, hierfür bedarf es eines Abbaus von Barrieren.

Wir wollen den Ausbau der sozialen Infrastruktur weiter vorantreiben, um bedarfsgerechte Angebote für alle anbieten zu können.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und energetische Sanierung der Quartiere stellt auch in den nächsten Jahren eine besondere Aufgabe dar.

Ressortverteilung

Bündnis 90/Die Grünen und die SPD bilden eine Zählgemeinschaft zur Wahl der Bezirksbürgermeisterin auf Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen, zur Wahl der Stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin auf Vorschlag der SPD, sowie der jeweiligen Kandidat*innen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD für das Bezirksamt.

Die Mitglieder der Zählgemeinschaft unterstützen den Vorschlag der Bezirksbürgermeisterin im Bezirksamt zur Ressortverteilung. Die Zählgemeinschaft vereinbart folgende Ressortverteilung:

Geschäftsbereich 1: Bündnis 90/Die Grünen - Bezirksbürgermeisterin

Geschäftsbereich 2: SPD - Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin - Schul- und Sportamt, Amt für Weiterbildung und Kultur, Serviceeinheit Facility Management

Geschäftsbereich 3: Bündnis 90/Die Grünen - Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt, Umwelt- und Naturschutzamt

Geschäftsbereich 4: SPD - Stadtentwicklungsamt

Geschäftsbereiche 5 und 6: CDU - Amt für Soziales, Amt für Bürgerdienste, Jugendamt, Gesundheitsamt, Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes (QPK)

Die Amtszeit der Bezirksverordnetenvorsteher*in wird zwischen beiden Parteien aufgeteilt, sodass die SPD in der ersten Hälfte der Wahlperiode und Bündnis 90/Die Grünen in der zweiten Hälfte die Vorsteher*in stellt.

Offene Gesellschaft

Charlottenburg-Wilmersdorfs große Stärke ist Vielfalt. Wir wollen uns auch weiterhin für Offenheit und Toleranz und gegen jede Form der Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit einsetzen.

Ehrenamtliches Engagement ist das Rückgrat der Gesellschaft. Deswegen wollen wir dieses Engagement und die Arbeit mit Ehrenamtlichen in sozialen Organisationen, Kirchen und Vereinen stärken.

Die Städtepartnerschaften des Bezirks wollen wir weiter inhaltlich vertiefen und zum Austausch über gesellschaftliche Zukunftsfragen nutzen.

Wir stehen zum Kampf gegen Antisemitismus und wollen das jüdische Leben im Bezirk, sowie die historische Bedeutung von Menschen jüdischer Religion für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Bezirks sichtbar machen. Die Errichtung eines Zentrums moderner jüdischer Kultur im Bezirk soll diese historische Rolle würdigen und in die Gegenwart überführen. Die Aufstellung eines Leuchters am Kurfürstendamm durch ein zivilgesellschaftliches Projekt wird ausdrücklich unterstützt.

Rechtsextreme Organisationen versuchen seit Jahren verstärkt in Charlottenburg-Wilmersdorf ihre Strukturen zu festigen und weiter auszubauen. Wir stellen uns Rassismus und Rechtsextremismus entgegen und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Bündnissen, Organisationen sowie Polizei und Ordnungsamt schaffen. Mit einer unabhängigen Beschwerdestelle im Bezirksamt sollen von Diskriminierung betroffene Personen Hilfe und Beratung bekommen. Gemeinsam steht die Zählgemeinschaft geschlossen gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) soll konsequent umgesetzt und die vom Senat bereitgestellten finanziellen Mittel verwendet werden. Für die konsequente Umsetzung der IGSV, des neuen Aktionsplanes gegen Queerfeindlichkeit sowie der bisherigen bei der Gleichstellungsbeauftragten schon bestehenden Aufgaben wollen wir die Stelle eines*r Queerbeauftragte*n schaffen.

Zusammenarbeit

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Klärung wesentlicher gemeinsamer Fragen findet auf Einladung der Bezirksbürgermeisterin ein monatlicher Jour fixe zwischen den Bezirksamtsmitgliedern der Zählgemeinschaft statt. Weiterhin wird es einen regelmäßigen verwaltungsinternen Jour fixe geben zwischen der Stadtentwicklung, der Wirtschaftsförderung und dem Straßen und Grünflächenamt.

Weiterhin treffen sich die Abteilungsleitungen der Ressorts Stadtentwicklung und Straßen- und Grünflächenamt monatlich ggf. mit den Mitarbeitenden der Verwaltung, um abteilungsübergreifende Themen zu besprechen.

Zur Vorbereitung der Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung informieren sich die Fraktionsvorsitzenden gegenseitig über die Initiativen ihrer Fraktionen und wirken auf gemeinsame Beschlüsse hin. Initiativen aus der Zählgemeinschaft werden gemeinsam eingebracht. Die Fraktionen bereiten die Ausschusssitzungen gemeinsam vor, um ein einvernehmliches Auftreten zu gewährleisten.

Einmal im Quartal, oder auf Wunsch eines Zählgemeinschaftspartners, tauschen sich Vertreter*innen der Parteien, der Fraktionen und die Bezirksamtsmitglieder über den aktuellen Umsetzungsstand dieser Vereinbarung und neu auftretende Vorgänge aus. Einmal jährlich findet eine gemeinsame Klausurtagung mit den Fraktionen und Bezirksamtsmitgliedern statt. Zur Hälfte der Legislaturperiode erfolgt eine Evaluierung der Umsetzung der Zählgemeinschaftsvereinbarung.

Haushalt

Die Fraktionen der Zählergemeinschaft stimmen sich zum Beschluss über den Haushalt und der Investitionsplanung ab. Die Zählergemeinschaft setzt sich für eine umsichtige Haushaltspolitik und einen ausgeglichenen Bezirkshaushalt ein.

In der Finanz- und Investitionsplanung haben Maßnahmen für eine nachhaltige und klimaneutrale Bezirksverwaltung sowie Investitionen in die soziale Infrastruktur einen besonderen Stellenwert. Daneben strebt die Zählergemeinschaft einen Haushalt an, der die Digitalisierung und Ausstattung der Verwaltung und den Ausbau bürger*innennaher Angebote fördert.

Das Haushalts- und Produktcontrolling wird als zentrales Steuerungsinstrument deutlich gestärkt. Schrittweise soll der Produkthaushalt Basis für die Haushaltsberatungen werden.

Das Gender Budgeting wird evaluiert und weiterentwickelt.

Personal

Das Bezirksamt wird zu einem Vorbild für Gute Arbeit entwickelt. Durch eine verbesserte Willkommenskultur und attraktive Arbeitsbedingungen werden motivierte Beschäftigte gewonnen und dauerhaft gehalten. Außerdem wird das Zentrale Bewerbungsbüro gestärkt, um die Stellenbesetzung weiter zu beschleunigen. Die Zählergemeinschaft wird sich dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für eine höhere Ausbildungsquote verbessert werden.

Der Prozess der Interkulturellen Öffnung wird weiter vorangetrieben. Bei Einstellungen sollen verstärkt soziale Kompetenzen und Mehrsprachigkeit berücksichtigt und die Diversität der Verwaltung erhöht werden. Die Zählergemeinschaft legt einen besonderen Schwerpunkt auf Familienfreundlichkeit und die Berücksichtigung der Situation von Alleinerziehenden. Ein neues Konzept für das Gesundheitsmanagement soll entwickelt werden.

Das Personalentwicklungskonzept des Bezirksamtes wird fortgeführt und die Schwerpunkte der Zählergemeinschaft werden mit Personal umgesetzt.

Wirtschaftsförderung

Wir werden Initiativen der bezirklichen Wirtschaft zum Klimaschutz, zur Sicherung von Fachkräften, zum Erhalt von kleinen Gewerbestrukturen und zur Integration von Geflüchteten unterstützen.

Wir werden die Gewerbeflächen im Bezirk erhalten. Es werden in der Regel keine Gewerbe- und Industrieflächen umgewandelt, sondern weiterhin für Gewerbeansiedlungen genutzt. Mit einem Gewerbeflächenmanagement wollen wir bezirkliche Unternehmen stärken und fördern.

Die Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) sichert die Weiterentwicklung der zentralen Geschäftsstraßen der City West. Gemeinsam mit den Geschäftsstraßenverbänden werden wir Vorschläge zur Weiterentwicklung der alten ISG bis hin zur Ermöglichung eines Betreibermodells für Geschäftszentren entwickeln.

In den Stadtteilen werden wir die Kooperation mit den Interessengemeinschaften des örtlichen Einzelhandels zu strategischen Partnerschaften für die Entwicklung ausbauen. Die Geschäftsstraßeninitiativen in den Stadtteilen werden wir bei der Gründung unterstützen und in ihrer Entwicklung stärken. Sie sind wichtige Ansprechpartner*innen für die Verwaltung.

Wir unterstützen die Ansiedlung von Start-ups. Wir stärken und unterstützen gezielt Immobilienprojekte, die räumliche Angebote für Start-ups bereitstellen. Projekte und Initiativen zur Gemeinwohl-Ökonomie werden unterstützt. Das Unternehmerinnen-Centrum West (UCW) soll evaluiert werden.

Es wird die Funktion eines/r Beauftragten für Gute Arbeit eingerichtet.

Charlottenburg-Wilmersdorf ist Fairtrade-Town, wir wollen es zu einem Modellbezirk fair, bio und regional entwickeln und werden dazu alle gesellschaftlichen Initiativen unterstützen und neue Projekte anregen.

Weiterbildung und Kultur

Die kulturellen Angebote des Bezirks müssen vielfältig und für alle nutzbar sein, kostenlos und barrierefrei. Die bisherigen Kultureinrichtungen werden erhalten und ihre Angebote ausgebaut. Die bestehenden Räume für freie Kulturschaffende sollen erhalten bleiben und neue geschaffen werden. Das Bündnis für kulturelle Bildung soll weiter aufgebaut werden, damit das derzeitige Angebot für alle Altersklassen noch attraktiver wird. Kulturelle Angebote sollen sich an den Sozialräumen orientieren.

Alle Lernräume müssen digitalisiert werden, um einen zeitgemäßen Unterricht anbieten zu können. Das dezentrale Angebot an Bibliotheken soll erhalten bleiben. Insgesamt sollen mehr Flächen für Bibliotheken geschaffen und die Bibliotheken moderner ausgestattet werden, um ein vielfältiges Angebot unterbreiten zu können. Die räumlichen Möglichkeiten für die Musikschule und die Volkshochschule werden ausgeweitet. Die Kooperationen der Musikschule mit Schulen und Kitas werden verstärkt. Die Jugendkunstschule soll ihr Angebot durch einen zweiten Standort in Wilmersdorf erweitern.

Die Erinnerungskultur soll verstärkt in das Blickfeld kultureller Arbeit rücken. Hierbei sollen insbesondere kiez- oder themenspezifische Kooperationsprojekte z. B. mit Schulen ausgebaut werden.

Die Jungferneidebühnen sollen ertüchtigt und die kulturelle Nutzung kostendeckend ermöglicht werden.

Schule

Wir werden die Schulen verstärkt zu offenen Orten in der Nachmittagszeit entwickeln durch kommunale Weiterbildungsangebote, Sport und Kultur. Der Schüler*innen-Haushalt wird dauerhaft im Bezirk verankert.

Die Jugendverkehrsschulen als Orte der Mobilitätserziehung sollen saniert und mit einem vielfältigen Angebot auch an den Wochenenden geöffnet werden. Die Gartenarbeitsschule "Ilse Demme" bleibt erhalten.

Die Maßnahmen zur Schulwegsicherheit werden von den beteiligten Ämtern mit Unterstützung des Kinder- und Jugendbeteiligungsbüros (KiJuB) in enger Abstimmung mit den jeweiligen Schulen umgesetzt.

Sport

Die vorhandenen Sportflächen sollen aufgewertet und dadurch besser nutzbar gemacht werden. Sportflächen sollen zukünftig online vergeben werden, um freie Zeiten transparent zu machen.

Nachhaltigkeit im Sport soll vorangebracht werden (Sportgeräte, Kleidung, Fairtrade-Produkte). Die begonnene Weiterentwicklung und Öffnung des Olympiaparks werden wir weiter begleiten.

Facility Management

Wir wollen auch weiterhin mit Hochdruck an der Instandsetzung und Erweiterung unserer Schulgebäude arbeiten, dazu gehört auch eine gute digitale Ausstattung, z. B. Breitband-Internetverbindungen, W-LAN, ausreichende Geräte, Smartboards usw. Wir wollen die verstärkte Schulreinigung beibehalten. Gegenüber dem Land Berlin setzen wir uns weiterhin für eine Rekommunalisierung der Schulreinigung ein.

In allen Dienstgebäuden soll eine WLAN-Nutzung für die Besucher*innen und Beschäftigten ermöglicht werden. Ein Konzept für mobiles Arbeiten wird entwickelt. Sukzessive werden mobile Arbeitsplätze mit Dockingstations zum stationären Arbeiten ausgerüstet, gerade auch um die Möglichkeiten der E-Akte zu nutzen.

Im Rahmen der baulichen Unterhaltung bezirklicher Gebäude wird der im Bezirksamt schon beschlossene revolvingende Fonds zur Finanzierung von Maßnahmen zur Erreichung von Klimaneutralität umgesetzt und zusätzlich jährlich ein im Bezirksamt zu beschließender Betrag für Maßnahmen eingesetzt, die unabhängig von sonstigen Unterhaltungsmaßnahmen ausschließlich dem Klimaschutz dienen.

Die Arbeitsplanung der Unterhaltungsbaumaßnahmen wird weiterhin spätestens bis zur jeweiligen Februar-Sitzung der BVV vorgelegt werden.

Der jährliche Energiebericht wird fortgeschrieben. Der Energiebericht soll zudem einen Maßnahmenplan zur Einsparung von Energie und CO₂-Emissionen enthalten, der eine jährliche Soll-Ist-Darstellung umfasst.

Durch eine Organisationsuntersuchung werden wir den Personalbedarf im Facility Management ermitteln.

Mobilität und Verkehr

Leitbild bei allen Planungen ist die Vision Zero, also die größtmögliche Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden. Dies bedeutet ein besonderes Augenmerk auf die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen zu lenken und den öffentlichen Raum zwischen Fuß-, Rad- und motorisiertem Verkehr neu aufzuteilen. Dabei ist ein verkehrliches Miteinander von Fuß- und Radverkehr, ÖPNV, Anwohnenden- und Lieferverkehr der Maßstab. Auf Basis einer Priorisierung werden wir pro Jahr zwei Kiezkonzepte (z.B. Kiezblöcke) entwickeln, die den Durchgangsverkehr aus den Wohnquartieren fernhalten sollen.

Auch in den Hauptstraßen werden wir uns gegenüber dem Land für eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität und Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen auf Basis der Regelungen des Mobilitätsgesetzes einsetzen.

Für verkehrsentslastende und -beruhigende bauliche Maßnahmen werden innerhalb des Rahmens der baulichen Unterhaltung mindestens 1 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Eine weitere Millionen soll jährlich in die Umsetzung der Studien zur Schulwegsicherheit fließen.

Logistik-Hubs sollen es ermöglichen, die Wohnquartiere von Lieferverkehren zu entlasten. Der geplante Logistik-Hub an der Masurenallee wird als Pilotprojekt schnellstmöglich eröffnet. Dazu gehört auch, Lade- und Lieferzonen einzurichten und das verkehrsgefährdende Parken in zweiter

Reihe zu unterbinden. Wir wollen das Programm zum Ausleihen von Lastenrädern vor Ort erhalten und weitere Kooperationen schaffen.

Es sollen im ganzen Bezirk Fahrradstraßen entsprechend des bezirklichen Nebenroutennetzes der Verbände und des Radverkehrsplans der Senatsverwaltung eingerichtet werden. Diese sollen über eine hohe Qualität verfügen und auch für Kinder sicher benutzbar sein.

Das Fahrradparken wird im Bezirk weiter ausgebaut. Auf allen bezirklichen Liegenschaften und im öffentlichen Straßenland wollen wir mehr sichere Fahrradbügel schaffen. Die durch Gutachten ermittelten zusätzlichen Bedarfe von 9800 Abstellanlagen im Bezirk werden mit rund 2000 zusätzlichen Bügeln jährlich umgesetzt. Die modellhaft im Klausenerplatz-Kiez aufgestellten Fahrradboxen haben sich bewährt und werden als Angebot auch auf andere Stadtteile ausgeweitet.

Das Fahrradparkhaus am Stuttgarter Platz wird notfalls in eigener Trägerschaft betrieben, sofern GB infravelo nicht bis zur Fertigstellung ein eigenes Betriebskonzept entwickelt hat. An den Regional- und Fernbahnhöfen Zoologischer Garten und Jungfernheide sowie ausgewählten Knoten von U- und S-Bahn sind Fahrradparkhäuser bzw. -stationen und andere Mobilitätsangebote zu schaffen.

Initiativen für (temporäre) Spielstraßen und Schulstraßen werden von uns unterstützt.

Zur Umsetzung dieser Ziele ist es erforderlich, die Arbeitsfähigkeit des Fachbereichs Tiefbau deutlich zu stärken.

Ordnungsamt

Wir werden das Ordnungsamt innerhalb des Wirtschaftsplans personell verstärken und besser ausstatten. Gleichzeitig muss das Ordnungsamt auch dahin entwickelt werden, dass es von Mitarbeitenden als attraktiver Arbeitgeber empfunden wird. Die Fahrradstreifen des Ordnungsamts wollen wir personell ausbauen.

Falschparken auf Rad- und Gehwegen und das Parken im Kreuzungsbereich sowie das unregelmäßige Abstellen von E-Rollern und sonstigen Hindernissen auf den Gehwegen soll verstärkt kontrolliert und geahndet werden.

Gehwege müssen so ertüchtigt werden, dass sie von allen Menschen ohne Gefahren und Hindernisse genutzt werden können. Radfahren oder Rollerfahren auf Gehwegen muss stärker kontrolliert werden. Die Anschaffung eines bezirklichen Abschleppwagens wird geprüft.

Wir setzen uns beim Land dafür ein, dass mehr stationäre und mobile Geschwindigkeitskontrollen eingesetzt werden und insbesondere illegale Autorennen konsequent unterbunden und geahndet werden.

Um Parkflächen vorrangig für Anwohner*innen zur Verfügung zu stellen und dem Wirtschaftsverkehr den notwendigen Raum zu geben, wollen wir die flächendeckende gutachtenbasierte Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung innerhalb des S-Bahn-Rings in den Jahren 2022 bis 2024 umsetzen und dabei auch ein Pilotprojekt für digitale Parkraumbewirtschaftung prüfen.

Um Platz für Abstellbügel für Fahrräder, für verkehrssichernde Maßnahmen, Aufenthaltsflächen, Fußgänger*innenübergänge, Sharing-Dienste oder Versickerungsflächen zu haben, wollen wir Parkplatzflächen in den Parkraumbewirtschaftungszonen stückweise umnutzen.

Die Parkplätze auf Gehwegen werden wir sukzessive zurückführen.

Das bewährte Modell der Waste Watcher soll verstärkt dabei helfen, unseren Bezirk sauberer zu machen. Vermüllung muss schnell beseitigt werden.

Grünflächen

Grünflächen wollen wir erhalten und erweitern und so pflegen, dass sie einen Beitrag zur Förderung der Biodiversität leisten.

Gefällte Straßenbäume oder Bäume in Grünanlagen werden wir auf Basis eines Pflanzkonzeptes ersetzen, das die neuen Bedarfe des Klimawandels erfüllt (mehr Schatten und hohe Verdunstung).

Wir wollen kleine neue Stadtplätze ausweisen, so genannte Pocket-Parks, die sowohl sichere Wege zu Fuß ermöglichen als auch wohnortnahe Aufenthaltsräume für die Nachbarschaft darstellen. Dabei wollen wir Anwohner*innen, lokale Einrichtungen und Initiativen beteiligen.

Ehrenamtliches Engagement von Bürger*innen bei der Grünflächenpflege, der Bewässerung und Pflege von Bäumen wird unterstützt.

Wir werden die Bezirksgärtnerei mit zusätzlichen neuen Aufgaben versehen und damit dauerhaft absichern.

Unter Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes sollen Grünanlagen für die Bevölkerung entsprechend ihren Bedürfnissen nutzbar sein – für Spielen, Sport, Erholen, Essen und Baden.

Wir wollen öffentliche Flächen entsiegeln und begrünen, z.B. bei Sanierungs- und Baumaßnahmen an Schulen, durch die Umwandlung von bisher als Parkplätzen genutzten Flächen oder durch Einrichtung von Pocket-Parks, und eine dezentrale Regenwasserbewirtschaftung einführen. Das Projekt „Essbarer Bezirk“ wollen wir fortführen.

Die Freiflächen der Schulen müssen als Aufenthalts- und Lernorte qualifiziert werden - Gemeinschafts- und Schulgärten werden für alle Einrichtungen ermöglicht, dafür werden bisher versiegelte Flächen entsiegelt und umgestaltet.

Die Parkläufer*innen wollen wir verstetigen.

Das hohe Spielplatzflächendefizit im Bezirk wollen wir reduzieren.

Umwelt, Natur- und Klimaschutz

Das bezirkliche Klimaschutzkonzept werden wir fortschreiben und dabei die Bevölkerung in geeigneter Weise sowohl in die Konzept- und Maßnahmenplanung wie auch bei den Aktivitäten einbeziehen. Um die wichtigen Aufgaben bei Klimaschutz und Klimaanpassung im Bezirk wahrzunehmen, werden wir das Bezirksamt mit personellen und finanziellen Ressourcen ausstatten.

Die Mittel zur Lärmsanierung von Straßen werden wir weiterhin abrufen und lärmindernde Straßenbeläge ebenso wie nächtliche Tempo-30-Ausweisungen nutzen, um den Verkehrslärm zu reduzieren.

Die Umweltbildung (z.B. Abfallvermeidung, Biodiversität, nachhaltiges Verhalten) wird ausgebaut und mit Mitmachaktionen und -aktivitäten begleitet. Dabei werden verstärkt auch mittelständische Betriebe einbezogen.

Sozial-ökologische Stadtentwicklung

Klimaneutralität, bezahlbares Wohnen und die soziale Mischung in unseren Kiezen sind die Herausforderungen der Stadtentwicklungspolitik für den Bezirk.

Bezahlbaren Wohnraum erhalten und schaffen

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein stark verdichteter Innenstadtbezirk. Um vor diesem Hintergrund im Bezirk weiteren Wohnungsbau sozial verträglich zu realisieren, werden wir die Wohnungsbaupotenzialanalyse fortschreiben. Bei der Umsetzung sollen auch innovative Ansätze unterstützt werden.

Milieuschutzsatzungen werden überall dort, wo es rechtlich möglich und notwendig ist, erlassen. Dort, wo Verdrängungsprozesse zu befürchten sind, werden wir die entsprechenden Gebiete regelmäßig prüfen.

Das bezirkliche Vorkaufsrecht wollen wir, wo möglich, nutzen.

Den Bestand an Wohnungen in öffentlicher Hand und bei Genossenschaften wollen wir erhöhen.

Wir wollen mehr Sozialwohnungen im Bezirk, also Wohnungen mit Miet- und Belegungsbindung.

Wir wollen mehr Wohnungsbau mit einem Bebauungsplan, um über die kooperative Baulandentwicklung 30% der Wohnungen für eine Miete von 6,60 € durchsetzen zu können. Wo Wohnungsbau ohne Bebauungsplan stattfindet, wollen wir über städtebauliche Verträge dafür sorgen, dass trotzdem mindestens 30% der Wohnungen für eine Miete von 6,60 € angeboten werden.

Wenig genutzte Höhen, wie zum Beispiel eingeschossige Supermärkte, wollen wir überbauen, um Wohnungen zu schaffen.

Wir bekämpfen weiter die Zweckentfremdung. Die nicht als Zweckentfremdung geltende Nutzung von Wohnungen durch Gewerbe wollen wir beenden und so wieder neuen Wohnraum schaffen.

Wohnungsbauvorhaben von städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften werden wir unterstützen.

Bei Maßnahmen des Wohnungsbaus wird darauf geachtet, dass Wohnungen entstehen, die besonders für Familien und Menschen mit wenig und mittlerem Einkommen (z.B. Senior*innen, Auszubildende und Studierende) die Anmietung ermöglichen.

Besondere Formen des Miteinander-Wohnens, z.B. Mehrgenerationenwohnen sollen im Bezirk stärker unterstützt werden.

Nachhaltig Bauen und Modernisieren

Besonders die City West ist von der Erwärmung der verdichteten Innenstadtgebiete betroffen. Zur Klimaanpassung wird deshalb eine ökologische Bauberatung für alle Bauvorhaben im Rahmen der Bauberatung eingeführt. Hierbei werden insbesondere Fragen der grauen Energie, und der Energie- und Wärmeversorgung erörtert. Durch Fassaden- und Dachbegrünung wollen wir mehr Grün an und auf den Gebäuden. Abrisse sollen nach Möglichkeit verhindert werden. Größere Neubauten sollen mit dem Ziel der Klimaneutralität vereinbar sein. In Bebauungsplänen für Neubau wird ein Verbot

von Verbrennungsheizungen festgesetzt und regenerative Energie- und Wärmeversorgung gesichert. Dabei wollen wir die Mietpreis-Entwicklung im Blick behalten.

Bei Baumaßnahmen soll verstärkt auf den Bestand großer Bäume geachtet werden. Fällgenehmigungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen werden wir restriktiv handhaben und in der Regel nur noch genehmigen, wenn eine Verschiebung zu einer Reduzierung der möglichen Baumasse um mehr als 15% führt. In diesem Fall wollen wir prüfen, ob die wegfallenden Baumassen durch zusätzliche Höhenentwicklung kompensiert werden können.

Straßenbaumfällungen für Garageneinfahrten werden grundsätzlich nicht genehmigt. Ausnahmen können im Einzelfall im Einvernehmen mit den für den Baumschutz zuständigen Behörden erteilt werden, wenn der Ausgleich durch Ersatzpflanzungen erfolgt, die spätestens nach zwei Jahren, die gleiche Menge an CO₂ aufnehmen. Der Bezirk erstellt dafür eine Liste potenzieller Pflanzstandorte im öffentlichen Raum.

Wir wollen auch bei Bestandsgebäuden, insbesondere im Mietwohnungsbereich, die Nutzung der Dächer für die Erzeugung von Solarstrom (zum Beispiel als Mieter*innenstrom) voranbringen.

Im Rahmen von baulichen Verdichtungsmaßnahmen sind Befreiungen und Ausnahmen immer an das Entsiegeln verbleibender Hofflächen zu koppeln. PKW-Stellplätze sollen aus den Innenhöfen der Wohnquartiere grundsätzlich entfernt werden. Ergänzend zu den geltenden Beschlüssen der BVV werden Tiefgaragen, die Ausnahmen oder Befreiungen benötigen, nur noch genehmigt, wenn dauerhaft sichergestellt ist, dass die Stellplätze auch der Öffentlichkeit im Sinne der Nachbarschaft zur Verfügung gestellt und damit weniger Stellplätze im öffentlichen Raum benötigt werden.

Denkmalschutz

Der bezirkliche Denkmalschutz hat die Aufgabe, die Bausubstanz zu bewahren und das historische Stadtbild zu erhalten, zugleich aber moderne Nutzungen zu ermöglichen.

Nachhaltig planen

Stadtplätze sollen an die Klimaentwicklung angepasst werden. Mit mehr Grün- und Wasserflächen, Trinkwasserspendern und Sitzgelegenheiten unter schattenspendenden Bäumen soll der Aufenthalt besonders auch an heißen Tagen angenehmer gemacht werden.

Die Charta 2040 werden wir weiter begleiten. Wie die dort erarbeiteten Vorschläge in Leitlinien für die City West auf Landesebene einfließen können, werden wir prüfen. Die letzte Entscheidungsinstanz bleiben die demokratischen, politischen Institutionen in Land und Bezirk.

Den Kurfürstendamm wollen wir zu einem Boulevard, einer echten Flaniermeile mit hoher Aufenthaltsqualität gemeinsam mit dem Bereich um den Breitscheidplatz entwickeln. Im Rahmen eines Ideenwettbewerbs unter Berücksichtigung internationaler Vorbilder möchten wir die besten Ideen sammeln und mit den Anwohner*innen und Gewerbetreibenden diskutieren.

Die Stadtentwicklung unterstützt an allen Orten, wo überdimensionierter Straßenraum Kieze durchschneidet und Lebensbereiche trennt, die Stadtreparatur.

Öffentliche Grünflächen werden wir vollumfänglich erhalten. Sofern im Einzelfall aus zwingenden städtebaulichen Gründen eine Bebauung von Grünflächen erforderlich ist, werden wir im Einvernehmen mit der Zivilgesellschaft eine allgemeinverträgliche Lösung suchen.

Kleingartenflächen, die nicht im Eigentum des Landes Berlin stehen, sollen dauerhaft gesichert und dafür gegebenenfalls Bebauungspläne ins Verfahren gebracht werden.

Die Neuordnung der Kolonie Mannheim wird fortgesetzt und eine langfristig rechtskonforme Nutzung gesichert.

Schon angestoßene Projekte wie die Neugestaltung des Breitenbachplatzes, die Neugestaltung des Bundesplatzes und der Bundesallee mit Rückbau des Tunnels, die Entwicklung des Westkreuzparks, des Spreebords und die Entwicklung des ehemaligen Reemtsma-Geländes werden wir auch in der kommenden Wahlperiode konsequent vorantreiben.

Mit diesen Zukunftsprojekten wollen wir den Bezirk nachhaltig gestalten:

Stadteingang West: Für die Entwicklungsmaßnahme Stadteingang West werden wir uns gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dass zügig Baurecht geschaffen wird, das eine mindestens vierstellige Zahl an Wohnungen in dem Gebiet ermöglicht. Dabei wollen wir die innovative sozial-ökologische Entwicklung des Areals in einem gemeinsamen Steuerungskreis mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vorantreiben.

Halemweg: Aufbauend auf den Ergebnissen des städtebaulichen Wettbewerbs für das lokale Zentrum Jungfernheide/Halemweg werden wir die städtebauliche Entwicklung des Gebiets vorantreiben und in Zusammenarbeit mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften einen hohen Anteil an preisgebundenem Wohnraum schaffen. Dabei werden wir auch die soziale Infrastruktur qualifizieren.

Alt-Lietzow: Aufbauend auf der Machbarkeitsstudie (Spreequell inklusiv) wird der Block Alt-Lietzow/Arcostraße/Iburger Ufer zu einem Leuchtturmprojekt der nachhaltigen und inklusiven Stadtentwicklung, in dem Nachverdichtungen unter vorbildhaften ökologischen Bedingungen zur Schaffung von Wohnungen, sozialen Versorgungsangeboten und Gewerbe führen.

Bürger*innenservice

Gemeinsam mit der Landesebene setzen wir uns für die Digitalisierung der Bezirksverwaltung ein. Eine grundlegende Modernisierung der Verwaltungsabläufe und die Ausweitung des Online-Angebots sowie die zügige Umsetzung der elektronischen Akte wollen wir zeitnah umsetzen. Mit der weitreichenden Umstellung auf E-Government wollen wir die Mitarbeiter*innen entlasten und das Verwaltungshandeln optimieren. Vorschläge aus der Belegschaft sind für die Optimierung der Verwaltungsabläufe zu berücksichtigen. Wir möchten für die Bürger*innen einen leichten Zugang zu Beratungsstellen und staatlichen Leistungen ermöglichen.

Wir wollen zudem eine Optimierung von Verwaltungsabläufen insbesondere im Zusammenwirken zwischen verschiedenen Verwaltungsbereichen mit den Bürger*innen erreichen.

Bearbeitungs- und Bewilligungszeiten müssen weiter reduziert werden.

Wir wollen kürzere Wartezeiten im Bürgeramt erreichen und die Mitarbeiter*innen entlasten.

Wir wollen die Erreichbarkeit der Verwaltung durch flexiblere Sprechzeiten verbessern.

Die Dienstleistungen der Verwaltung müssen auf die Bürger*innen zukommen. Wir wollen die Einrichtung von mobilen Bürgerämtern, ämterübergreifenden Kiezbüros und dazu die Einrichtung eines Ausbildungsbürgeramtes prüfen.

Zweckentfremdung

Die Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnungen soll intensiviert werden, in letzter Instanz auch durch treuhänderische Zwangsverwaltung. Ziel dabei ist, präventiv Entmietung und vorbereitende Abbruchmaßnahmen zu verhindern. Überhöhte Kaufpreise, unterlassene Instandhaltung und bessere Renditen sollen nicht zur Genehmigung eines Abrisses aus Gründen einer wirtschaftlichen Unzumutbarkeit des Gebäudeerhalts führen.

Die unabhängige Mieter*innenberatung wollen wir weiter fördern.

Bürger*innenbeteiligung

Die Bürger*innenbeteiligung wollen wir weiterentwickeln und stärken. Bürger*innen sollen frühzeitig in Planungen eingebunden werden, die sich auf ihre Wohnsituation, ihr Wohnumfeld und die soziale Infrastruktur auswirken. Erfahrungen und Anregungen können so vor wichtigen Entscheidungen betrachtet werden.

Soziales

Wie setzen uns für ein gutes und soziales Zusammenleben für alle Bevölkerungsschichten in Charlottenburg-Wilmersdorf ein. Konzentration auf prekäre Lebensverhältnisse sowie die Stärkung der Sozialräume stehen im Zentrum der bezirklichen Sozialpolitik. Wir wollen weiterhin einen regelmäßigen Armutsbericht, der alle Altersgruppen und die Situation in Charlottenburg-Wilmersdorf erfasst, um die bezirkliche Sozialpolitik besser aufstellen zu können.

Die Sozialraumbudgetierung soll für soziale und gesundheitliche Angebote genutzt werden.

Wir unterstützen den Ausbau von Beratungsangeboten, Hilfsangeboten und Maßnahmen gegen häusliche Gewalt. Wir setzen uns beim Land für mehr Zufluchtsorte im Bezirk ein.

Wir wollen die Schuldner*innen- und Insolvenzberatung sichern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ombudsperson in Ausübung ihres Amtes und ihrer Aufgaben unabhängig und handlungsfähig bleibt, entweder im Ehrenamt oder angebonden als Stelle über einen freien Träger.

Wir setzen uns für eine Kooperation zwischen dem Jobcenter und dem Bürgeramt ein, sodass Menschen alle nötigen existenzsichernden Maßnahmen in einem Behördengang erledigen können.

Wir setzen uns dafür ein, dass Mehrgenerationenhäuser und Stadtteilzentren im Bezirk weiter gefördert werden. Darüber hinaus werden wir uns beim Land für ein zusätzliches Angebot in Wilmersdorf einsetzen. Wir setzen uns für die Verbesserung der Qualitätsstandards in den Unterkünften für Geflüchtete ein. Das Haus der Nachbarschaft und die Ulme35 wollen wir weiter unterstützen und zu Nachbarschaftszentren weiterentwickeln. Ein vergleichbares zivilgesellschaftlich getragenes Zentrum muss im Zusammenhang mit der Eröffnung der Flüchtlingseinrichtung Quedlinburger Straße entstehen.

Senior*innen

Den Maßnahmenkatalog der Seniorenpolitischen Leitlinien des Senats mit seinen vier Schwerpunkten wollen wir im Bezirk umsetzen, um die Teilhabe der Senior*innen zu stärken.

Die Räume der Seniorenclubs wollen wir konzeptionell zu Nachbarschaftstreffs für alle Bürger*innen weiterentwickeln und erhalten. Wir setzen uns beim Land dafür ein, dass Pflege- und Seniorenheime stärker geprüft werden. Das Konzept der Wilmersdorfer Seniorenstiftung wollen wir erhalten und

prüfen die derzeitige Situation der Stiftung. Sportangebote und Begegnungsorte zur Förderung der Seniorengesundheit werden wir weiter ausbauen.

Die Arbeit der Altenhilfekoordination möchten wir weiter unterstützen.

Wir setzen uns beim Land dafür ein, die Pflegestützpunkte im Bezirk zu stärken und auszubauen.

Wir setzen uns weiterhin für eine Demenzfreundliche Kommune ein.

Wir wollen das Projekt zur Bekämpfung von Einsamkeit im Alter im Charlottenburger Norden auswerten und bei positivem Evaluationsergebnisse auch in anderen Stadtteilen fortsetzen.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Die Unterstützung für Menschen ohne Wohnung oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen stellt einen Schwerpunkt der bezirklichen Sozialpolitik dar. Jede Person erhält ein Wohnungs- bzw. Unterbringungsangebot.

Wir unterstützen die Einrichtung und den Ausbau von Modellprojekten wie Housing First oder Tiny Houses für Obdachlose im Bezirk. Wir wollen die sanitäre Grundausstattung für Obdachlose sichern und Zugang zu kostenfreien Hygieneprodukten erreichen.

Wir setzen uns beim Land dafür ein, dass ausreichend Kältehilfepplätze bereitgestellt werden. Wir wollen Wohnungslosigkeit gar nicht erst entstehen lassen und bauen die Prävention aus.

Der inhaltliche Austausch mit Trägern, die Angebote für obdachlose Menschen schaffen, soll stärker werden. Insbesondere für den Raum rund um den Bahnhof Zoo und für weitere Hotspots wollen wir eine bessere Ausstattung mit aufsuchender Sozialarbeit und die sanitäre Versorgung der Gäste der Bahnhofsmision ausweiten. Wir fordern, dass der Senat weitere Anlaufstellen für obdachlose Menschen im Bezirk schafft, um die Bahnhofsmision zu entlasten.

Wir wollen das Projekt „Inklusio“ zur Unterbringung von Obdachlosen am Standort Schweinfurthstraße fortführen.

Jugendarbeit

Die Räume der Jugendarbeit werden wir sichern und modernisieren und Versorgungslücken schließen, wie z.B. in der Region am Ku'damm. Zudem streben wir längere Öffnungszeiten an, die sich an den jeweiligen Bedarfslagen der Jugendlichen orientieren, um z.B. Jugendpartyräume zu ermöglichen. Wir sichern leistungsgerechte tarifvertragliche Entlohnung aller Mitarbeiter*innen im Kinder und Jugendbereich der freien Träger.

Wir wollen Verfahren etablieren, welche die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch das Jugendbeteiligungsbüro und das Kinder- und Jugendparlament bei allen stadtentwicklungspolitischen Vorhaben, die direkte Auswirkungen auf sie haben (Straßenumbau, Spielplätze, Skateanlage, Jugendclubs etc.), ermöglichen.

Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendhilfe soll gestärkt werden, auch in Form von Jugendclubs.

Wir werden die zur Verfügung stehenden Mittel für Jugendclubs ausschöpfen.

Die zusätzlichen Mittel durch das Berliner Jugendfördergesetz werden wir insbesondere nutzen, um internationale Begegnungen, Angebote der politischen Bildung und Jugenderholungsmaßnahmen zu stärken.

Jugendarbeit muss mit ihren Angeboten die Auseinandersetzung von Jugendlichen mit den zentralen Zukunftsfragen der nachhaltigen Entwicklung im Spannungsfeld von analoger und digitaler Kultur fördern. Zudem muss sie zur Demokratiebildung und Diversität beitragen, um menschenverachtenden Tendenzen, Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz entgegenzuwirken. Auch soll sie individuelle Veränderungsprozesse der Jugendlichen unterstützen.

Alle Möglichkeiten für Modelle der Sozialraumbudgets werden genutzt.

Den Pflegekinderdienst erhalten wir in öffentlicher Trägerschaft.

Wir werden weitere Kitaplätze schaffen und prüfen, ob genehmigte und bisher nicht angebotene Kitaplätze aktiviert werden können.

Wir wollen aktiv und gezielt Beratungs- und Hilfsangebote für Regenbogenfamilien und queere Jugendliche ausbauen, sowie Angebote für queere Kinder und Jugendliche in Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe sowie im betreuten Wohnen schaffen.

Gesundheit

Die Erfahrungen in der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierender öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) ist. Die koordinierende Rolle des ÖGD auch im Sinne einer effektiven Gesundheitsförderung und bei der Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung mit breitem Angebot ist uns daher ein wichtiges Anliegen.

Wir wollen das Gesundheitsamt personell und technisch besser ausstatten. Dem Fachkräftemangel im Gesundheitsamt werden wir z. B. durch eine mögliche Ausbildungskooperation mit der Charité entgegenwirken.

Die psychosozialen und psychiatrischen Versorgungssysteme und die Möglichkeit zur Früherkennung von psychischen Auffälligkeiten im Bezirk wollen wir verbessern.

Wir wollen einen zusätzlichen, niedrighschwellig zugänglichen Standort für das Haus des Säuglings schaffen.

Im geplanten Fahrradparkhaus am Stuttgarter Platz soll der geplante feste Drogenkonsumraum eingerichtet werden.

Die Arbeit der Patientenfürsprecher*innen werden wir fördern

Gesundheitserziehung – auch im Bereich der Zahngesundheit - muss vom Gesundheitsamt zielgruppengerecht für alle angeboten werden.

Die Gesundheitsförderung und Präventionsangebote insbesondere für Senior*innen und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen werden wir ausbauen, dabei spielt auch die Bekämpfung der Einsamkeit durch sozialräumliche Maßnahmen im Quartier eine Rolle.

Die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels im Bezirk werden wir verstärkt in den Fokus nehmen und auf Basis von Risikoanalysen konkrete Maßnahmen zur Reduzierung gesundheitlicher Risiken umsetzen (z.B. Entsiegelung, Schattenoasen, Befeuchtung).